

Antrag Nr. 11-F-03-0051

Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

Antragstext:

Die Stadtverwaltung ist als Arbeitgeberin an die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Chancengleichheit gebunden. Langfristig muss dies dazu führen, dass die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft die Zusammensetzung der Einwohnerschaft in der Stadt Wiesbaden widerspiegelt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden setzt sich das Ziel, den Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund – in allen Fachfunktionen und in höher qualifizierten Positionen – weiter zu erhöhen.

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten, welche Maßnahmen er bereits ergriffen hat, um mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund für die verschiedenen Ausbildungsberufe - insbesondere in der Verwaltung und damit auch für die spätere Arbeit in der Stadtverwaltung – zu gewinnen.
2. weitere Konzepte zu entwickeln und Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise:
 - In Stellenausschreibungen potenzielle Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund gezielt zu ermutigen, sich zu bewerben.
 - Die Anforderungsprofile bei der Personalauswahl um interkulturelle Kompetenz als eine Schlüsselqualifikation zu erweitern.
 - Eignungstests für den Zugang zu den Ausbildungsberufen im Kompetenzprofil zu überprüfen und gegebenenfalls modifizieren, um nicht von vornherein bestimmte Gruppierungen aufgrund von interkulturellem Hintergrund auszuschließen. Insbesondere sollen Frauen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

Die Ausbildungsträger und die Stadtverwaltung sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so ausbilden, dass sie für die Fragen der interkulturellen Öffnung aufgeschlossen sind und interkulturelle Kompetenz erwerben.

Wiesbaden, 17.08.2011